

# Eine absurde Debatte

Alle fordern mehr Austausch zwischen Politik und Wirtschaft – aber wenn es doch einer wagt, ist es auch nicht recht

Von Dirk Metz

Die Bewerbung von Friedrich Merz um den Vorsitz der CDU hat mal wieder eine Diskussion befeuert, die seit Jahren mit Inbrunst geführt wird und bei der wie bei kaum einem anderen Thema Sonntagsreden und Alltagsdebatten meilenweit auseinanderklaffen. Regelmäßig wird gefordert, es müsse mehr personellen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft geben. Und es wäre gut, wenn möglichst viele Menschen beide Welten kennen, wechselseitig Erfahrungen einbringen und einen anderen Blick auf das große Ganze haben. So wie in den USA, England oder Frankreich, wo Wechsel zwischen Politik, Wirtschaft und auch der Wissenschaft völlig üblich und unaufgeregt vorstattengehen – vom peinlichen Gehabe des derzeitigen US-Präsidenten mal abgesehen. Tatsächlich hat es auch bei uns früher mehr Mittelständler, Manager, Arbeiter und Betriebsratsvorsitzende in den Parlamenten gegeben.

Doch laufen die Diskussionen jenseits der Sonntagsreden heu-



## Unser Gastautor

Dirk Metz ist Inhaber einer Agentur für Kommunikation und Krisenkommunikation.

Zuvor war der gelernte Journalist elf Jahre Sprecher der hessischen Landesregierung.

Foto: Metz

»Es wäre gut, wenn möglichst viele Menschen beide Welten kennen.«

te völlig anders, man muss geradezu den Eindruck gewinnen, als gäbe es kaum etwas Fragwürdigeres, ja Anrüchigeres, als aus der Politik in die Wirtschaft zu wechseln oder umgekehrt.

Zwei Beispiele gefällig: Ob beim Wechsel von Eckard von Klaeden (CDU) aus dem Kanzleramt zu Mercedes oder zuletzt, als der Goldman-Sachs-Manager Jörg Kukies als Staatssekretär ins SPD-geführte Finanzministerium wechselte – jedes Mal ist die Aufregung groß. Dürfen die das? Will der eine Erfahrungen und Kontakte im Sinne des Unternehmens missbrauchen? Will der andere die Politik „unterwandern“, um sie im Interesse seines früheren Arbeitgebers zu beeinflussen?

Das Strickmuster ist stets gleich, als Folge wird eigentlich jeder Wechsel skandalisiert. Mit abschreckenden Folgen, denn welches Unternehmen freut sich schon, wenn der Neuzugang aus der Politik mit massivem öffentlichem Ärger verbunden ist und man sich den Vorwurf gefallen lassen muss, die Politik offenbar „einkaufen“ zu wollen. Hält ein Unternehmen

das aus oder lässt es zur Sicherheit besser gleich die Finger davon? Welcher Quereinsteiger wagt den Sprung in die Politik, wenn er oder sie sich schon zur „Begrüßung“ auf völlig ungewohnte heftige Schlagzeilen und Vorwürfe einstellen muss? Ergebnis: Trotz klarer rechtlicher Regelungen gibt es zu wenige Wechsel aus der Politik in die Wirtschaft. Sehr schade, denn ein Mittelständler, der die Tücken der Bürokratie kennt, tut der Politik sicher gut. Persönlich kann ich nur sagen, dass es bereichernd ist, beide Lebenswelten kennengelernt zu haben.

Was hat das mit Friedrich Merz zu tun? Bei ihm handelt es sich um den in Deutschland seltenen Fall, dass jemand die Politik in Richtung Wirtschaft verlassen und gutes Geld verdient hat – aber jetzt bereit ist zurückzukehren. Und nun nimmt die Diskussion einen absurden Verlauf. „Kann ein Millionär CDU-Chef und vielleicht sogar Kanzler werden?“ lautet die Überschrift der Rückkehr-Debatte. Grotesk: Denn es ließe sich doch genau umgekehrt argu-

mentieren, dass hier einer finanziell völlig unabhängig ist und bereit ist, bestens bezahlte Jobs aufzugeben, um Verantwortung in seiner Partei und möglicherweise für sein Land zu übernehmen, oder?

Natürlich fragt die Öffentlichkeit danach, was er in den letzten Jahren in der Wirtschaft getan hat. Das ist völlig selbstverständlich. Mein Zwischenruf soll auch nur als Aufruf zu mehr Redlichkeit in der Argumentation beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft begriffen werden. Übrigens war Merz' Gegenkandidatin Annegret Kramp-Karrenbauer so mutig, ihr Ministerpräsidenten-Amt im Saarland aufzugeben. Und jetzt setzt sie mit einer Kandidatur ohne jede Auffangposition sogar alles auf eine Karte.

Beide verbindet etwas. Sie hätten es sich ganz einfach machen können: Friedrich Merz seinerzeit im Bundestag und Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland. Und was hätte die Öffentlichkeit gesagt: Die klammern sich nur an ihre Ämter, weil es für was anderes nicht reicht.